

ZU „GELEGENHEITSAKTIONEN REICHEN NICHT“, MAZ VOM 15. 2.

Nicht nur eine Sichtweise in Stein meißeln

Die Äußerungen von Graf von Schwerin als Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Recht und Eigentum (Are) deuten an, worum es vermutlich beim zusätzlichen Gedenkstein in Kyritz eigentlich geht. Das 20. Jahr des Vereinigungsvertrages scheint geeigneter Anlass zu sein, endlich auch bei den Themen Bodenreform, ostdeutsche Agrarstruktur und letztlich DDR-Geschichte eine konservative Interpretationshoheit herzustellen. Der Vorschlag für den Spruch „Freie Bauern auf freier Scholle – nie wieder Vertreibung, Enteignung und Zwangskollektivierung“ ist nur im Kontext LPG-Gründungen gemeint und schon deshalb geradezu anachronistisch in einer Situation, in der gerade bäuerliches Eigentum mit rasanter Geschwindigkeit von einem globalisierten Weltmarkt enteignet wird, weil immer mehr Betriebe den ruinösen Wettbewerb verlieren. Das geschieht auch in Europa und nicht nur bei

den Milcherzeugern. Die FDP prophezeit gerade, dass 30 000 Betriebe in den nächsten drei Jahren dem „Strukturwandel“ zum Opfer fallen werden.

Auch die LPG-Gründungen hatten mit einem Strukturwandel zu tun, der auf dem Weg zu einer leistungsfähigeren Landwirtschaft für notwendig gehalten wurde. Dabei bleibt aber im Gegensatz zu den aktuellen Vorgängen das Eigentum in einer Genossenschaft bestehen, wenn auch nicht das einzelbäuerliche. Man kann darüber diskutieren, ob dieser Weg richtig und erfolgreich war. Das wäre sogar spannend. Aber nur die eine Sichtweise in Stein meißeln zu wollen, ist ahistorisch und polarisiert völlig unnötig. Erst recht, wenn Kampfbrühe aus dem Kalten Krieg verwendet werden. Leider passt dieser Vorschlag, ohne dass der Einreicher das selbst vielleicht beabsichtigt, in eine Strategie. Denn eigentlich will die Are schon lange

die Axt an einen Grundkonsens des Einigungsvertrages legen, der – im Gegensatz zu allen anderen Bereichen – die Agrarstruktur Ostdeutschlands nicht zerschlagen hat. Sie will im Interesse der Eigentümer schon lange eine Rückabwicklung der Bodenreform, durch die das Eigentum ja erst geschaffen wurde, das in die Genossenschaften eingebracht wurde. Dabei blendet die Are konsequent aus, was nicht ins eigene Geschichtsbild passt. Zum Beispiel, dass die Bodenreform alliertes Recht und Ergebnis eines verheerenden Krieges war, an dem viele Junker und Großgrundbesitzer nicht schuldlos waren und profitiert haben. Er hinterließ eine zerstörte Agrarwirtschaft und damit eine hungernde Bevölkerung, ein Heer von Flüchtlingsfamilien, die mit den Bodenreformflächen die Chance für einen Neuanfang bekamen. Dabei will ich ausdrücklich nicht ausblenden, dass bei der Umsetzung

der Bodenreform Fehler, auch schweres Unrecht begangen wurden. Auch die LPG-Gründungen sind differenziert zu bewerten. Sie waren eben auch Teil einer politischen Kampagne im Kalten Krieg. Das Freiwilligkeitsprinzip wurde teilweise durch überzogenen Druck, ja auch Bedrohungen konterkariert. Dennoch haben sich für viele die Arbeits- und Lebensbedingungen in der LPG deutlich verbessert, weil z. B. die Arbeitsteilung gerade Frauen entlastete. Die scharfe Polemik einiger Funktionäre des Bauernbunds gegen die „Kolchosen“, mit denen sie Nachfolgebetriebe der LPG meinten, weist leider auch auf eine fragwürdige Motivation dieses Vorschlags. Mein Fazit: Wenn schon ein neuer Gedenkstein, dann „Für die von Banken und Konzernen enteigneten oder gefesselten ‚freien‘ Bauern und die neuen Landlosen der Globalisierung“.
*Dr. Kirsten Tackmann,
Tornow, MdB (Die Linke)*